

**Geschäftsführung  
Bezirksvertretung Ronsdorf**

Es informiert Sie	Gudrun Limberg
Telefon (0202)	563 7220
Fax (0202)	563 8023
E-Mail	gudrun.limberg@stadt.wuppertal.de
Datum	05.03.2010

---

**Niederschrift  
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf (SI/0181/10) am  
02.03.2010**

Anwesend sind:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Thomas Breyer , Herr Heinz-Walter Heinemann , Herr Michael Hornung , Herr Wolfgang Luchtenberg ,  
Herr Lothar Nägelkrämer , Herr Kurt von Nolting ,

**von der SPD-Fraktion**

Herr Simon Geiß , Frau Ingrid Rode , Herr Harald Scheuermann-Giskes , Herr Axel Stuhldreiter ,

**von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Michael Hohagen , Frau Susanne Sperling ,

**von der FDP**

Herr Klaus Brennecke ,

**von DIE LINKE**

Herr Karl Heinz Pieper ,

**von der WfW**

Herr Meinhard Mesenholl ,

**berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW**

Frau Dorothea Glauner, Herr Alexander Schmidt , Herr Kurt-Joachim Wolfgang ,

**als Vertreter des Oberbürgermeisters**

Herr Thomas Uebrick ,

**vom Bezirksjugendrat**

Mathis Fitsch,

**von der Presse**

Herr Conrads, Herr Florian, Herr Fuchs, Herr Schmidt, Herr Wohlers,

**als Berichterstatter**

Herr Braun (105), Herr Ehm (103), Herr Herfort (EFGS), Herr StD Dr. Slawig.

**Nicht anwesend sind:**

Herr Stv. Marcel Hafke, Frau Stv. Christa Stuhldreiter, Maike Wenz.

Schriftführerin:  
Gudrun Limberg

Beginn: 18:30 Uhr  
Ende: 21.32 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt sich der neue Bezirksbeamte der Polizeiwache Ronsdorf, Herr Jürgen Hohensee, vor.

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1 Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2014

---

#### 1.1 Auswirkungen des Haushaltssicherungskonzeptes auf den Stadtbezirk Ronsdorf

##### Berichterstattung: StD Dr. Slawig

Herr StD Dr. Slawig erläutert das weitere Verfahren im Hinblick auf die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Die Sitzung wird von 18.50 Uhr bis 18.54 Uhr unterbrochen, um zwei Elternvertretern der Grundschule Engelbert-Wüster-Weg die Gelegenheit zu geben, Herrn Dr. Slawig ein Schreiben zu überreichen, in dem sie die Einrichtung einer dritten Eingangsklasse fordern.

Frau Rode stellt fest, dass eine Stadt wie Wuppertal, mit 1.78 Milliarden Schulden, der Situation nicht aus eigener Kraft entkommen könne. Die SPD-Fraktion frage sich, welchen Wert das kommunale Leben in Deutschland und die Zufriedenheit der Bürger noch habe. Das vorliegende Haushaltssicherungskonzept werde jedenfalls keinen Haushalt sichern und sei „nicht sauber und konsequent zu Ende gerechnet“. Die Folgekosten einiger Einspareffekte seien gleich groß oder sogar höher, als die zu erwartenden Einsparungen. Das HSK sei keine politische Antwort der Stadt Wuppertal auf die bestehende Situation, und sei nicht tauglich, die Zukunft der Stadt zu gestalten. Es gebe Beispiele – auch in NRW – dass man bei aller Gesetzestreue auch mal einen gewissen Ungehorsam an den Tag legen müsse um die Aufmerksamkeit der übergeordneten politischen Gremien zu wecken.

Herr Hohagen erklärt, die jetzt zur Diskussion stehenden Sparmaßnahmen hätten keinen relevanten Effekt auf die Haushaltslage der Stadt Wuppertal. Die Argumentation, man müsse Vorleistungen erbringen, um Bewegung auf Bundes- oder Landesebene im Hinblick auf eine Reform der Strukturen der Kommunalfinanzierung herbeiführen zu können, sei nicht widerlegbar, werde von seiner Fraktion aber nicht geteilt. Man sollte keine Wege gehen, die einen erheblichen Kahlschlag in der kommunalen Daseinsvorsorge darstellten, um minimale Auswirkungen zu erzielen. Ohne Perspektive auf einen haushaltskonsolidierenden Effekt, der die Stadt Wuppertal wieder handlungsfähig mache und ohne Garantie, dass als Folge solcher Maßnahmen die erhofften politischen Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene folgen würden, könne es nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sein, derartige Eingriffe vorzunehmen. Für ihn sei alternativlos, in den wesentlichen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge auf Einschnitte zu verzichten, auch auf die Gefahr, dass bestimmte Konflikte mit dem Regierungspräsidium und dem Innenministerium weiter eskalierten.

Herr Stv. Schmidt äußert die Erwartung, dass die Stadtteilbibliothek erhalten bleibe. Zum Thema Stadtbad bittet er um konkrete Äußerungen, inwieweit die Verwaltung bereit wäre, den Fortbestand zu unterstützen. Hinsichtlich des Bürgerbüros erinnert er daran, dass vor nicht allzu langer Zeit das Gebäude als

PPP-Modell entwickelt worden sei und langfristige Mietverträge abgeschlossen worden seien. Die Parkraumbewirtschaftung betreffend stellt er die Frage, ob die Verwaltung die Möglichkeit sehe, eine „Brötchentaste“ einzurichten.

Herr Hornung überreicht Herrn Dr. Slawig schriftlich formulierte Empfehlungen zu den Themen Bürgerbüro, Parkraumbewirtschaftung und Schwimmbad, verbunden mit der Bitte, zeitnah mit der Bezirksvertretung über diese Vorschläge zu sprechen. Auch er gehe davon aus, dass die Stadtteilbibliothek erhalten bleibe.

Herr Dr. Slawig erklärt, dass man auch weiterhin politische Initiativen mit dem Ziel einer Gemeindefinanzreform unternehmen müsse. Ziviler Ungehorsam werde zwar überregional in die Medien gelangen, werde aber materiell die Probleme der Stadt nicht lösen. Außerdem werde es durch die Umsetzung des HSK zwar weit reichende Einschnitte, aber keinen Kahlschlag geben.

Zum Thema Stadtteilbibliothek erklärt er, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht feststehe, welche Bibliothek geschlossen werde. Bis zur Sommerpause werde die Verwaltung dem Rat einen Vorschlag vorlegen.

Was das Schwimmbad angehe sei festzustellen, dass städtisches Vermögen, das allen Bürgerinnen und Bürgern gehöre, nach den Vorschriften der Gemeindeordnung nicht für den symbolischen einen Euro verschenkt, verkauft oder verpachtet werden dürfe. Bei der Höhe des Pachtzinses bzw. des Kaufpreises gebe es allerdings einen Gestaltungsspielraum, bei dem auch das öffentliche Interesse berücksichtigt werden könne. Die vollständige Entlastung der Stadt von den Personal- und Betriebskosten sowie von den Investitionsverpflichtungen sei von großer Bedeutung. Er könne sich eine Lösung in privater Betriebsführung für das Hallenbad vorstellen.

Für das Bürgerbüro bestätigt er, dass es einen lang laufenden Mietvertrag gebe. Die im HSK dargestellte Einsparung beziehe sich nur auf die Personalkosten. In einer zentralen Organisation im Einwohnermeldeamt am Standort Steinweg könnten die Aufgaben kostengünstiger erledigt werden.

Sollte die Politik grundsätzlich bereit sein, die Parkraumbewirtschaftung auch in Ronsdorf einzuführen, wäre er beim Thema „Brötchentaste“ durchaus kompromissbereit.

Der Bezirksbürgermeister erinnert zum Thema Parkraumbewirtschaftung daran, dass im Jahr 2000 die Parkscheinautomaten entfernt worden seien, weil sie angeblich nicht rentabel gewesen seien. Daraufhin habe man die derzeit bestehende Parkscheibenregelung eingeführt. Vor dem Hintergrund der Finanzlage der Stadt sollte man eine erneute Anschaffung von Parkscheinautomaten überdenken.

Bezüglich des Bürgerbüros erinnert er den Stadtdirektor daran, dass er erst vor wenigen Jahren an der Entstehung und Gestaltung dieser Räumlichkeiten entscheidend mitgewirkt habe. Das Bürgerbüro sei das Eingangstor für Ronsdorf, das man nicht verlieren wolle.

---

## 1.2

### - Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2014 Vorlage: VO/0131/10

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegengenommen.

---

## **2 Winterdienst im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr Ronsdorf sowie vor Schulen**

Herr Heidermann als Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr Ronsdorf schildert die Probleme mit dem Winterdienst des ESW. Abgesehen davon, dass die Schneeräumung im Bereich des Gerätehauses bzw. an der Ein-/Ausfahrt zum Gelände nur mit Hilfe eines privat organisierten Räumdienstes funktionierte, seien sie mehrfach im Einsatz gewesen, weil Rettungswagen ohne ihre Hilfe keine Chance gehabt hätten, die nicht geräumten Straßen in Ronsdorf zu befahren, um zum jeweiligen Einsatzort zu gelangen.

Herr Scheuermann-Giskes berichtet über nicht geräumte Busbuchten im Bereich der Erich-Fried-Gesamtschule.

Herr Stuhlreiter erklärt, dass im Bereich der Schule Echoer Straße kein Winterdienst erfolgt sei. Das GMW habe zwar eine private Firma beauftragt, diese sei aber nicht tätig geworden.

Herr Stv. Schmidt ergänzt, dass Firmen im Gebiet Mühle/Mühlengrund zehn Tage nicht beliefert werden konnten, weil auch hier kein Winterdienst stattgefunden habe. Selbst die zentrale Kocherstraße sei 14 Tage nicht geräumt worden.

Herr Blass von der Freiwilligen Feuerwehr erklärt, dass er gerade im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit mit Verwunderung zur Kenntnis genommen habe, dass alle Fraktionen den Winterdienst des ESW gelobt hätten.

Herr Hohagen regt an, sich einmal mit der Gesamtsituation zu beschäftigen, wie sie sich im Winter stelle. In dem Zusammenhang müsse auch über die Anbindung an den ÖPNV geredet werden oder darüber, ab wann beispielsweise die Busse nicht mehr fahren könnten.

Frau Stv. Glauner weist auf eine Haltestelle an der Parkstraße hin, die nicht passierbar gewesen sei. Auch sie hält es für unerlässlich, sich noch einmal mit dem Thema zu beschäftigen.

Die Bezirksvertretung wird sich – in Anwesenheit eines Vertreters des ESW - voraussichtlich in ihrer nächsten Sitzung noch einmal mit diesem Thema befassen.

---

## **3 Bericht aus dem Bezirksjugendrat**

Herr Fitsch berichtet über die Aktivitäten des Bezirksjugendrates.

---

## **4 Berichte und Mitteilungen**

Frau Limberg berichtet über die von den WSW geplante Kanalverlegung in der Straße In der Krim.

Der Bezirksbürgermeister weist auf die folgenden Termine hin:

- Ausstellung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräber vom. 15.03.2010 bis 27.03.2010 im Lichthof des Rathauses
- Frühlingsbasar des Ronsdorfer Frauenchores am 14.03.2010 im Clubheim des Ronsdorfer Männerchores Zandershöfe
- Benefizkonzert in der reformierten Kirche am 14.03.2010
- Kunstrausch am 17.04.2010 in der kath. Kirche Ronsdorf

---

**5 Aufnahmekriterien für Schülerinnen und Schüler an der Erich-Fried-Gesamtschule**

**Berichterstattung: Schulleiter der Erich-Fried-Gesamtschule**

Herr Herfort erläutert die Aufnahmekriterien für Schülerinnen und Schüler an der Erich-Fried-Gesamtschule Ronsdorf.

---

**6 Baumbestand im Bereich In der Krim 51/51a**

**Berichterstattung: Ressort Grünflächen und Forsten**

Herr Ehm verdeutlicht, dass es sich bei den Bäumen (4 große Ahorn sowie mehrere Birken), deren Fällung von Teilen der Anwohner im Bereich In der Krim 51/51a begehrt werde, um gesunde Bäume handelt und es aus Sicht der Fachverwaltung keinerlei Grund gebe, sie zu entfernen. Er weist darauf hin, dass sie – wie andere Bäume im Stadtgebiet auch - regelmäßig kontrolliert würden und auch aus Gründen der Verkehrssicherheit keinen Handlungsbedarf auslösten.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 02.03.2010:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf spricht sich ausdrücklich dafür aus, die in dem angesprochenen Bereich In der Krim vorhandenen Bäume zu erhalten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**7 Bebauungsplan Nr. 1066 - Engineering Park Wuppertal -**

**1. Änderung des Bebauungsplanes**

**- Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss -**

**Berichterstattung: Ressort Bauen und Wohnen**

**Vorlage: VO/0941/09**

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 02.03.2010:

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich der ersten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1066 – Engineering Park Wuppertal – erfasst einen Bereich zwischen der L 419 (einen ca. 20 Meter und im Bereich der Staubenthaler Str. ca. 120 Meter tiefen Bereich nicht mit erfassend), dem ehemaligen Standortübungsplatz, der Straße Scharpenacker Weg und dem Schliemannweg – wie dieser in der Anlage 01 näher dargestellt ist
2. Die Aufstellung der ersten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1066 – Engineering Park Wuppertal – wird für den unter Punkt 1. genannten Geltungsbereich beschlossen.
3. Die öffentliche Auslegung des Planentwurfes für zwei Wochen gem. § 13 Abs. 2 Satz 2 BauGB wird beschlossen, zeitgleich soll die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 Satz 3 BauGB erfolgen.
4. Das Verfahren wird nach den Regelungen des § 13a BauGB durchgeführt, auf eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird verzichtet. Von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB sowie der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4

BauGB wird abgesehen. Das Monitoring nach § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmenmehrheit (bei 1 Gegenstimme von DIE LINKE und 2 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

---

**8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1107 V -Heidter Straße / Rädchen-  
- Satzungsbeschluss -**

**Berichterstattung: Ressort Bauen und Wohnen**

**Vorlage: VO/0083/10**

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 02.03.2010:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf empfiehlt dem Rat der Stadt, wie folgt zu beschließen:

Die Vorlage VO/0083/10 – Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1107 V Heidter Straße/Rädchen – wird **abgelehnt**.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**9 Erhebung von Erschließungs- und Straßenbaubeiträgen**

**- Vorgesehene Beitragsverfahren im Jahr 2010 -**

**Vorlage: VO/0088/10**

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegengenommen.

---

**10 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

Keine.

---